

Auer Tageblatt

Bestellungen nehmen die Anzeigen- und die Anzeigen-Verwaltung entgegen. — Erscheint werktäglich. Preis: 10 Pfennig. — Anzeigenpreis: 10 Pfennig. — Anzeigenpreis: 10 Pfennig. — Anzeigenpreis: 10 Pfennig.

Anzeiger für das Erzgebirge

Telegramme: Tageblatt Erzgebirge. Enthaltend die amtlichen Bekanntmachungen des Rates der Stadt und des Amtsgerichts Aue. Postfach-Konto: Amt Leipzig Nr. 1998

Nr. 109

Mittwoch, den 11. Mai 1927

22. Jahrgang

Um die Zollsysteme.

Verhandlungen in Genf.

Genf, 9. Mai. Im Handelsausschuß begründete nachmittags Ferrys, Frankreich seinen Entschlußentwurf, der nach seiner Auffassung ein Aktionsprogramm des Völkerbundes, insbesondere in Bezug auf die

Vereinheitlichung des Zollsystems und der Nomenklatur sein soll. Diese Aufgaben des Völkerbundes könnten im nächsten Jahrzehnt durchgeführt werden, worauf sich die Regierungen durch internationale Vereinbarungen zur Anwendung dieser Nomenklatur zu verpflichten hätten. Der Schweizerische Kaufmann Dubois betonte jedoch das dringende Bedürfnis, möglichst bald die Zollsysteme wenigstens teilweise niederzulegen. Der schwedische Volkswirtschaftler Prof. Cassel mißt dem Entwurf nur geringe praktische Bedeutung bei. Staatssekretär Dr. Trendelenburg bedauerte, daß Ferrys seinen Vorschlag durch zwei Vorbehalte einschränke, nämlich durch die Verächtlichmachung der polnischen und wirtschaftlichen Notwendigkeiten und die Zollhoheit der einzelnen Länder. Er unterstrich jedoch den hohen Wert einer einheitlichen Nomenklatur, beständiger Zollsätze und einheitlicher Handelsverträge. Die erste Aufgabe des Ausschusses, so führte er aus, müsse sein, sich

gegen den Ueberprotektionismus

zu wenden, der in der Nachkriegszeit in vielen Staaten eingedrungen ist. Zur französischen Delegation gewandt, erklärte er u. a.: Wenn Deutschland und Frankreich gleiche oder auch nur ähnliche Zollsysteme hätten, so wären bei unseren Pariser Verhandlungen viele Worte gespart worden. Dr. Trendelenburg wies schließlich noch auf die Notwendigkeit hin, die Frage der Vereinheitlichung der Nomenklatur auch mit den russischen Dele-

gationen zu klären. Der österreichische Delegierte Meißl empfahl unter Berufung auf die Vorschläge der Internationalen Handelskammer

ein System gemäßigter Schutzzölle.

Sir Arthur Balfour sprach seine Genugtuung darüber aus, daß das kapitalistische Wirtschaftssystem und das Sowjetrußlands zur Zusammenarbeit bereit sind. Der Führer der sowjetrussischen Delegation, Ossinski, erklärte gegenüber einer Bemerkung Balfours, daß die Abschaffung des Staatsmonopols mit der Abschaffung des kapitalistischen Wirtschaftssystems gleichbedeutend wäre. Das könne ebensowenig verlangt werden, wie etwa von Sir Arthur Balfour die Abschaffung des kapitalistischen Wirtschaftssystems in England. Das sowjetrussische Wirtschaftssystem habe die Entwicklung des russischen Handels nicht behindert. Um die russische Ausfuhr wieder auf die Vorkriegeshöhe zu bringen, brauche Sowjetrußland fremdes Kapital. Vor Schluß der Sitzung beschloß der Ausschuß die Einsetzung von drei Unterausschüssen zur Prüfung des Problems der Freiheit des Handels, zur Vereinheitlichung der Zolltarife und Handelsverträge und über Dumping- und Subventionswesen.

Rußland hält am Außenhandelsmonopol fest.

Genf, 9. Mai. Der sowjetrussische Delegierte Khrushchew erläuterte heute nachmittag im Handelsausschuß das russische Außenhandelsmonopol. Er erklärte, daß Sowjetrußland das Außenhandelsmonopol aufrecht erhalten werde, was jedoch die Aufnahme wirtschaftlicher Beziehungen mit Sowjetrußland nicht hindern werde.

Der Konflikt zwischen Preußen und der Reichsbahngesellschaft beigelegt.

Berlin, 9. Mai. Wie erinnert, hat die Reichsregierung im Juli 1926 zum Mitglied des Verwaltungsrates der Deutschen Reichsbahngesellschaft den früheren Reichskanzler Dr. Luther ernannt, obwohl Preußen auf Grund der Vereinbarungen vom 25. März 1924 das Recht für sich in Anspruch nahm, von sich aus ein Mitglied zu benennen. Wegen dem Beschluß der Reichsregierung hatte der preussische Ministerpräsident Braun sofort in einem Schreiben an den Reichskanzler Marx scharfen Protest eingelegt, der sich, wie der Ministerpräsident anlässlich der Interpellationsdebatte am 7. Juli v. J. im Preussischen Landtag betonte, nicht gegen die Person Luthers, sondern grundsätzlich gegen die seiner Ansicht nach rechtswidrige Zurücksetzung Preußens richtete. Preußen hat also den Streitpunkt vor den Staatsgerichtshof gebracht. Der Staatsgerichtshof hat am 7. Mai, wie der „Amtliche Preussische Presse-Dienst“ mitteilt, folgende Entscheidung getroffen:

„Auf Grund von Biffer 4 der am 25. März 1924 zwischen Preußen und dem Reich ausgetauschten Erklärungen hat Preußen gegenüber dem Reich ein Recht, ein Mitglied des Verwaltungsrates der Deutschen Reichsbahngesellschaft zu benennen.“

In der mündlichen Begründung sagte der Reichsgerichtspräsident Simons am Schluß: Die Entscheidung des Staatsgerichtshofes besagt gleichzeitig, daß das Reich verpflichtet ist, den von Preußen Benannten zum Verwaltungsratsmitglied zu ernennen.

Guérard über das Zentrum in der neuen Reichsregierung.

Berlin, 8. Mai. Auf dem Parteitag des rheinischen Zentrums in Aßeln sprach der Vorsitzende der Reichstagsfraktion, Geheimrat von Guérard, über das Zentrum in der neuen Reichsregierung. Die an Locarno und Genf geknüpften Wünsche seien stark enttäuscht worden. Auf die völlige Räumung und die baldige Rückkehr des Saarlandes zu Deutschland hätten wir ein gutes Recht. Das Saarland werde wirtschaftlich verelenden, wenn es bis 1935 von uns getrennt bleibe. Wir könnten unmöglich die ungeheureliche Grenzziehung im Osten abermals garantieren und uns der Möglichkeit berauben, auf friedlichem Wege eine Wende herbeizuführen. Wir erwarten von der Reichsregierung in der Räumungsfrage entsprechend zu handeln. Neben dem „Piaffo von Locarno“ steht das Piasfo der Abrüstungskonferenz. Wir wünschen auch die Erörterung des Dawesplanes und der Reparationsfrage. Der Redner streifte dann noch die Rettung des Arbeitszeitnotgesetzes durch das Zentrum und die Konfordatsfrage. Die Verlagerung des Republikstimmgesetzes bezeichnete er als dringende Arbeit nach Wiederzusammentritt des Reichstages. Er sehe im übrigen keine Krisenluft.

Ein französischer Abgeordneter für Rheinlandräumung.

Paris, 9. Mai. Im „Populaire“ spricht sich der sozialistische Abgeordnete Brade sehr mißbilligend über die Art und Weise aus, mit der die französische Presse die Unterredungen zwischen Votchkoff und Reich und Außenminister Briand behandelt. Es sei sicher, daß in diesen Unterhaltungen vornehmlich von der fortschreitenden Räumung der Rheinlande und von dem Augenblick des Räumungsbeginnes gesprochen worden sei. Besonders zwei Punkte müßten in die Erörterungen einbezogen werden: erstens sei eine Beendigung der Besetzung ins Auge zu fassen. Eine Weltergung sei nicht mehr zu rechtfertigen, nachdem man Deutschland in den Völkerbund aufgenommen habe und man die Erfüllung seiner Verpflichtungen anerkenne. Eine solche Weltergung müsse die Erfolge der deutsch-französischen Annäherung wieder in Frage stellen. Zweitens legte Brade in seinem Artikel dar, sei es einigermaßen absurd, wenn man sich ständig Locarno und Thoiry rühme, ohne jedoch die notwendigen Schlußfolgerungen zu ziehen. Man widerrufe damit die Hoffnungen, die man seinerzeit mit dieser Politik geweckt habe. Gleichzeitig sehe man sich nicht allein der Gefahr aus, Kundgebungen, wie die des „Stahlhelms“, zu provozieren, sondern bereite solchen Kundgebungen geradezu einen Erfolg, indem man den Anschein erwecke, als ob man sich zu etwas zwingen lasse.

England verzichtet auf Sanktionen.

Eine Wendung in der Chinapolitik.

London, 9. Mai. Im Unterhaus gab der Staatssekretär des Aeußeren, Chamberlain, heute eine lange Erklärung über China ab, in der er u. a. sagte:

Die nationalpolitische Regierung in Hankau hat ihre beherrschende Stellung verloren.

Die britische Regierung wäre vollauf berechtigt gewesen, die britische Konzession in Hankau wieder zu besetzen und das Abkommen als durch die eigene Handlungswelt der Regierung aufgehoben zu betrachten. Aber nach reichlicher Erwägung hat die britische Regierung beschlossen, diesen Schritt gegenwärtig nicht zu tun und sie hofft, daß sie auch nicht dazu gezwungen werden wird. Chamberlain ersuchte das Haus, diese Frage in größtmöglicher Weise zu erwägen und erklärte weiter, die Regierung sei zu der Entscheidung gekommen, daß es gegenwärtig nicht zweckmäßig wäre, wegen der Räumung von Hankau und der Nichtinhaltung der Bedingungen des Hankauer Abkommens Sanktionen zur Anwendung zu bringen so sehr diese auch berechtigt wären. Die britische Regierung beabsichtigt auch nicht, eine weitere Note an Tschin zu richten. Sie habe hieron die anderen Mächte benachrichtigt und hinsichtlich der Zukunft und besonders bezüglich irgendwelcher weiterer Verbrennen sich volle Handlungsfreiheit vorbehalten.

Die Hankauer Regierung und Tschangkaifschel.

In der Einleitung zu seinen Ausführungen gab Chamberlain zunächst eine Darstellung der Vorgänge bis zum Zusammenbruch der Hankauer Regierung und gab der Vermutung Ausdruck, daß die Zwischenfälle von Hankau im wesentlichen den Zweck gehabt hätten, dem nationalpolitischen Generalismus Tschangkaifschel Schwereigkeiten zu bereiten. Stattdessen hätten die Vorgänge die Kommunisten und ihre ausländischen Ratgeber bei dem Rest der Anomintang und dem übrigen China in Mißkredit gebracht, was von größter Wichtigkeit sei. Angesichts der bedeutsamen Entwicklung im nationalpolitischen China habe die Frage der Sühne für die Hankauer Verbrennen ein ganz neues Gesicht bekommen. Die wirklich Schuldigen seien von den chinesischen Nationalisten selbst mit einer Strenge und einer Gründlichkeit bestraft worden, zu der keine ausländische Macht instande gewesen wäre. Die Frage der Entschädigungen und Reparationen werde allerdings dadurch nicht berührt. Die Regierung, die aus der gegenwärtigen Vermittlung im Tschangkaifschel entstehen werde, werde

für die Verbrennen an britischen Staatsangehörigen als verantwortlich betrachtet werden. Weiterhin sprach Chamberlain die Hoffnung aus, daß diese Regierung der Zukunft ihre auslandsfeindliche Politik zugunsten einer Politik aufgeben werde, die auf der Grundlage einer von allen ausländischen Mächten gebilligten vernünftigen Vertragsrevision aufzubauen sei. Er stellte fest, daß die Mäßigung der Mächte bei der Behandlung des Hankauer Zwischenfalles in erheblichem Maße durch den Wunsch beeinflusst sei, einer neuen Regierung in China bei ihrer Aufgabe, Ordnung zu schaffen, keine Verlegenheit zu bereiten.

Die Operationspläne der chinesischen Nordtruppen.

London, 9. Mai. „Times“ meldet aus Schanghai: In der Erwartung, daß die Herrschaft der Nationalisten im Yangtseki vor dem Zusammenbruch steht, treffen die Nordtruppen Vorbereitungen für den Vormarsch gegen die Stellung der Kantonesen. Sumschanlang soll am großen Kanal vorrücken, den Yangtse überschreiten und Schanghai einnehmen. Tschangkaifschung soll Tschangkaifschel in Hankau angreifen. Gleichzeitig soll in der Provinz Honan Wapueifu den Vormarsch antreten.

Die Eröffnung des australischen Parlaments in Canberra.

Canberra, 8. Mai. Der Herzog von York eröffnete heute im Namen des Königs unter großer Feierlichkeit das australische Parlament in der neuen Hauptstadt Australiens, Canberra. Er wies auf die Bedeutung dieser Parlamentseröffnung hin und erklärte, das britische Reich sei ein System von Nationen, von denen jede frei ihr eigenes individuelles Leben gestalte. Sie alle aber seien durch die Treue, an welcher ihrer Krone zu einer Einheit verbunden und wirkten in allen Fragen des gemeinsamen Wohls zusammen. Es sei vielleicht besonders angebracht, daß man die Geburt der neuen Hauptstadt feiere gerade nach Schluß einer Reichskonferenz, die den Beginn eines neuen Kapitels in der Geschichte des britischen Reiches bedeute.

Verhaftung italienischer Kommunisten in Rom.

Paris, 9. Mai. Wie Sabas aus Rom meldet, sind zwei italienische Kommunisten, die zahlreiche antimilitaristische Flugblätter und Zeitungen mit sich führten, verhaftet worden.